

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

30. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Kanton schützt die Fremden.

Antibritischer Protest des Außenministers an Alle.

Kanton, 30. März. (Chines. Nachr.-Agentur.) Außenminister Eugen Tschou hat gegen die kriegerischen Maßnahmen der Engländer in China, besonders wegen ihres „Strafzugs“ in der Blasbay, d. h. auf dem Territorium der Nationalregierung, sowie gegen das Bombardement der Stadt Kanking durch englisch-amerikanische Kriegsschiffe, eine Protesterklärung veröffentlicht, die mit dem Appell an die öffentliche Meinung der ganzen Welt schließt, den lägenhaften Greuelmeldungen der englischen Presse keinen Glauben zu schenken; die Südregerung übernehme den Schutz der sich in ihrem Gebiet aufhaltenden Ausländer.

Gemeinderatseröffnung in Chinesisch-Schanghai.

London, 30. März. (WTB.) „Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Gestern nachmittag war die feierliche Eröffnungsfeier der neuen Gemeindeverwaltung für Chinesisch-Schanghai. Nach Meldungen chinesischer Blätter war General Tschangtsaihet anwesend. Er schlug vor, angesichts der gegenwärtigen gespannten Lage die Eröffnungsfeierlichkeit aufzuheben. Die Versammlung ging aber auf seine Ausführungen nicht ein. — Die bewaffneten Kanton-Streitkräfte haben begonnen, alle Ausländer, die das Gebiet der Chinesenstadt betreten, auf Waffenbesitz hin zu untersuchen.

Japan schickt kein Militär nach China.

Tokio, 30. März. (WTB.) Die japanische Regierung hat beschlossen, militärische Streitkräfte in China nicht einzusetzen, sondern eine friedliche Vereinbarung auf diplomatischem Wege anzustreben.

Neuter Angst an.

Hankau, 30. März. (Neuter.) Die Lage der Ausländer, namentlich der Briten, ist infolge kommunistischen Terrors un- möglich geworden. Einige Engländer, die sich noch in Hankau aufhalten, blicken in der Nähe des Ufers, um die Stadt bei Gefahr schnell verlassen zu können. Selbst der amerikanischen Konsul ist genötigt, am Ufer zu wohnen. Die gemäßigten Kräfte innerhalb der Kuomintang-Partei und auch der Einfluss des Ministers Eugen Tschou sind vollkommen unterlegen. Die ausländischen Banken mühten infolge unmöglicher Forderungen des Personals schließen. Das Politische Bureau verhindert das Erscheinen aller kommunistenfeindlichen Zeitungen.

Frontwechsel Chamberlains?

London, 30. März. (TL.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ betont heute, daß die Erklärungen Sir Austen Chamberlains im Unterhause, als Ganzes genommen, bedeuteten, daß sich das englische Kabinett endgültig entschlossen habe, die Politik der Verhandlungen mit Kanton auszuführen. Diese Entscheidung sei überaus wichtig, da sie den Abschluß einer Phase bedeute und charakterisiere, die im vergangenen Sommer mit unerbittlichen Botschaften mit Kanton begann, die später in weiteren Verhandlungen mit dem englischen Botschafter und mit D'Almeida mit dem kantonesischen Außenminister fortgesetzt wurden. Diese Verhandlungspolitik habe sich auf die Hoffnung gegründet, daß es möglich sein würde, daß die gemäßigten Elemente der Kuomintang zu bewegen wären, das Arbeiter-

element zu unterdrücken, die Freundschaft mit Sowjetrußland abzubrechen, mit den örtlichen Befehlshabern zu verhandeln und schließlich eine nationale Regierung zum Besten der ausländischen Beziehungen zu errichten. Auch die weitere übertriebene Hoffnung, daß nach der Zersplitterung der Kuomintang sich ein Bündnis zwischen Tschangtsaihet und Tschangtsaihet ermöglichen lassen würde, habe getrogen. Die Enttäuschung dieser Hoffnungen und die Tatsache, daß eine starke Kuomintang-Regierung unbestrittener Herr in China sei, sei allein die Veranlassung zu einer Revision der englischen Politik im Verlaufe weniger Monate. Kanton sei nur ein ziemlich bequemer Vorwand für diese Entscheidung.

Rykov über China und England.

Moskau, 30. März. (Telegr.-Agentur der Sowjetunion.) In einer auf dem Moskauer Gouvernementsrätekongreß gehaltenen Rede erklärte Rykow unter Bezugnahme auf die

Ereignisse in Kanking:

Wenn auf einem der Gebiete der internationalen Politik die Nationen zu sprechen beginnen, so tauchen genug Gründe zur Besorgnis um das Friedenswerk auf. Bei der gegenwärtigen, überaus verwickelten internationalen Lage kann schwerlich angenommen werden, daß eine derartige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas in ihrer weiteren Entwicklung nicht einen großen Krieg auf dem Boden Chinas hervorzurufen droht, der seinerseits in seiner logischen Entwicklung zur Bedrohung und Quelle von Verwicklungen nicht allein auf dem asiatischen Kontinent, sondern auch in der ganzen Welt werden kann. Für die Sowjetunion besteht die Gefahr einer Verletzung des Friedens darin, daß feindliche politische Gruppen zu beweisen suchen, daß zur Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in China und anderen Ländern in erster Reihe die Revolution in Moskau unterdrückt werden müsse. Im gegenwärtigen Augenblick kann mit erheblicher Sicherheit angenommen werden, daß direkte Kriegsabenteuer gegenüber der Sowjetunion und eine eventuelle Intervention auf deren Gebiet in nächster Zeit — ein bis zwei Jahre lang, vielleicht auch länger — von geringer Wahrscheinlichkeit sind, allerdings nur, wenn das Verhältnis der Kräfte so bestehen bleibt, wie wir es zurzeit beobachten.

Zu den

englisch-russischen Beziehungen

erklärte Rykow: Obwohl die Vertreter der englischen Regierung in ihren amtlichen Erklärungen hartnäckig behaupten, daß sie persönlich keinerlei Maßnahmen getroffen und keinerlei sachliche Verhandlungen zur Organisierung eines sowjetfeindlichen Blocks geführt hätten, so werden dennoch die Versuche, einen derartigen Block zu bilden, kaum von irgend jemandem angezweifelt. Vielleicht strebt Chamberlain tatsächlich nicht die Schaffung eines sowjetfeindlichen Blocks an, sondern ist womöglich sogar bemüht, einen sowjetfreundlichen Block zu schaffen, jedenfalls muß aber festgestellt werden, daß alle seine Maßnahmen hinsichtlich der Entwicklung der englisch-sowjetrussischen Beziehungen diese Bestrebungen nicht bestärken. Aus irgend welchen Gründen kommen diese Bestrebungen weder in der Presse noch in den diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion zum Ausdruck. Nicht minder bemerkbar ist es auch, daß alle, die den Sturz der Sowjetmacht anstreben, fest davon überzeugt sind, daß sie in dieser Beziehung mit Chamberlain vollkommen solidarisch sind. Wir sind am wenigsten dafür verantwortlich, daß eine derartige Lage entstanden ist.

Demnach wird auch die in den Nachrichten enthaltene Folgerung hinfällig, als hätte der Gesandte Rom aus den erwähnten Ursachen verlassen müssen.

Warschauer Polizeiwilktür.

Eindbruch in einen Presseverband.

Warschau, 30. März. (WTB.) Gestern drangen Polizeagenten in das hiesige Lokal der Vereinigung jüdischer Literaten und Tageschriftsteller ein, um einen jüdischen Journalisten zu verhaften, der am Grabe eines Kommunisten eine angeblich staatsfeindliche Rede gehalten hatte. Mit ihm wurden noch zwei andere Personen verhaftet, die sich nicht genügend ausweilen konnten. In der Nacht wurden dann alle drei Verhafteten wieder freigelassen. Das Verhalten der Polizeagenten hat die Journalisten sehr empört.

Strafantrag im Gießener Femeprozeß.

Zuchthaus gegen Schwing und Salomon.

Gießen, 30. März. (TL.) Im Gießener Fememordprozeß beantragte der Staatsanwalt in einem dreistündigen Plädoyer gegen Schwing 2 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Totschlagsversuchs, und gegen Salomon wegen Mordversuchs 5 1/2 Jahre Zuchthaus, zusammen mit der Strafe für den Rathenau-Mord insgesamt 8 Jahre, so daß Salomon noch 2 1/2 Jahre zu verbüßen hätte. Von der Stellung eines Strafantrages gegen Heinz sah der Staatsanwalt ab, da die vorliegenden Verdachtsmomente nicht ausreichen.

Gefährliche Machtentfaltung.

Die Schädlichkeit der britischen Truppen sendungen nach Schanghai.

E. W. London, 29. März.

Die nichtenglische Weltpresse hat in den letzten Wochen dem kritischen Beobachter ein merkwürdiges Bild geboten: Nachdem sie zuerst mit wachsender Bewunderung und immer größeren Schlagzeilen den militärischen Aufmarsch Großbritanniens im fernen Osten und insbesondere in Schanghai gemeldet und sich in ihrer überwältigenden Mehrheit dem englischen Vorgehen kritisch gegenübergestellt hatte, hat sie sich hierauf in den letzten zehn Tagen blindlings den britischen Nachrichtenbüros in die Arme geworfen. Sie hat, anstatt die Schanghai-Meldungen auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen, was bei einiger Nachrichtenkritik selbst dem jüngsten Redaktionsassistenten möglich gewesen wäre, das ganze Kaleidoskop von Greuelmeldungen wiedergegeben, aus dem der unbefangene und nicht an kritische Quellenbetrachtung gewohnte Leser den Eindruck erlangen mußte, daß sich die Einnahme Schanghais durch die Kantonarmee unter der Entfaltung des wildesten Chaos abgespielt hat. Die sozialistische Presse Deutschlands hat erfreulicherweise genügend Mißtrauen besessen, von diesen Nachrichten den größeren Teil zu diskontinieren, aber auch die bürgerliche Presse, die zuweilen eine geradezu hämische Schadenfreude über die englischen Schwierigkeiten im fernen Osten gezeigt hatte, mußte sich doch über die inneren Zusammenhänge der Truppen sendung und der Schanghai-Geuel Gedanken machen. Eine Analyse der wirklichen Vorgänge der letzten Tage zeigt denn auch, daß — abgesehen von der Sensationslust gewisser Spezialkorrespondenten — die Greuelmeldungen ausgesprochenen Tendenzcharakter trugen. Es galt, den militärischen Aufmarsch zu rechtfertigen, und so war nichts verständlicher, als daß man der Situation entsprechend schilderte, kleine Vorfälle so übertrieb, daß der brave Staatsbürger, dem gewisse Zweifel über die Weisheit der Chamberlainschen Truppen sendungen gekommen waren, den militärischen Aufmarsch im fernen Osten als gerechtfertigt ansehen und seine weise Regierung wegen ihrer Voraussicht preisen mußte. Es war ein innerpolitisches britisches Manöver, das von den Schanghai-amiischen, halbamtlichen und subventionierten Nachrichtenstellen mit Hilfe von unkontrollierbaren Schanghai-Geueln vorgenommen wurde, und es ist bezeichnend, daß auf dieses Manöver gerade jene Kreise heringefallen sind, die sich sonst ihrer weltpolitischen Schulung so viel zugute tun.

Hat sich die britische Truppen sendung nach Schanghai gerechtfertigt? Betrachtet man die vorliegende Tatsache nüchtern, so wird man feststellen müssen, daß sich die Befürchtungen der herrschenden Kreise Englands nicht bewahrheitet haben und damit der Hauptgrund für die Truppen sendungen hinfällig geworden ist. Der kritische und für die Beurteilung der ganzen Frage entscheidende Tag ist der vergangene Dienstag, der Tag der Einnahme Schanghais. Es muß nunmehr, nachdem sich der Rauch der Falschmeldungen verflüchtigt hat, nachdrücklich festgestellt werden, daß an diesem Tage (und an den folgenden) weder die Kantonarmee, noch irgendeiner jener beliebigen „Robs“ — unter denen sich jeder etwas anderes vorstellen kann — die internationale Siedlung angegriffen hat. Was geschah, bestand darin, daß plündernde Angehörige der Nordarmee den Versuch machten, durch die internationale Siedlung zu entkommen, wobei es zu einem Zusammenstoß zwischen den hinter der Verteidigungslinie verbarrikadierten ausländischen Truppen und den versprengten Schantungssoldaten kam. Der „Daily Herald“ hat recht, wenn er, um jeglicher Legendenbildung vorzubeugen, feststellt: „Es ist klar, daß es gerade die Nähe der Siedlung und die dort aufgestellten Soldaten waren — von denen man ihnen weh gemacht hatte, daß sie in gewisser Hinsicht ihre Verbündeten seien —, was die Angehörigen der Nordarmee zu ihrem „Wahnwitz“ und damit das Blutvergießen überhaupt erst veranlaßt hat. Der Versuch, aus diesem Gefecht die Rechtfertigung der Truppen sendung nach Schanghai abzuleiten, kommt also auf eine glatte Umkehrung des Sachverhaltes hinaus: ohne diese Expeditionstruppen wären diese Schantungssoldaten, wie Tausend und aber Tausende ihrer Kameraden, von den Kantontruppen umzingelt und kampflös entwaffnet worden. Erst das Vorhandensein der ausländischen Truppen führte zum Blutvergießen — und nunmehr muß dies infolge der Anwesenheit der ausländischen Truppen erfolgte Blutvergießen dazu herhalten, um den Kronbeweis für die Notwendigkeit der Truppen sendung zu bilden. Es ist die uralte, schon der antiken Logik bekannte Vertauschung von Ursache und Kaufalität! In einen Satz zusammengefaßt, wird man daher ohne Vergewaltigung der Wahrheit feststellen können, daß die Truppen die Fremden siedlung am Dienstag lediglich von Gefahren bewahrt haben, die ihre Anwesenheit zuerst und überhaupt erst erzeugt hatte.

Man kann auf Grund der Ereignisse der letzten zehn Tage sagen, daß eine Verstärkung der Polizeikräfte denselben, ja sogar einen besseren Dienst getan hätte als die Schützengräben und Drahterhause, die man provozierend auf rein chinesischem Boden auf- und eingerichtet hat. Zwar haben die britischen Truppen in der unangenehmen Lage, in der sie sich nun einmal befinden, jenen Laß und jene Zurückhaltung bewiesen, die sie in einer hundertjährigen kolonialistischen Schule gelernt haben, aber es sind eben doch Gewehre und

Ständige Grenzkontrolle Albaniens.

Neue Pläne zur Lösung des Konfliktes.

Paris, 30. März. (Eigener Drahtbericht.) Den Morgenblättern zufolge beabsichtigen die Regierungen Frankreichs und Englands sehr, den Charakter der Untersuchungskommission für die serbisch-albanische Grenze zu ändern, indem diese Kommission von Militärfachverständigen als ständige Kontrolle für so lange eingesetzt werden soll, bis eine vollständige Entspannung in den Beziehungen der beteiligten Länder eingetreten ist. Frankreich und Großbritannien sollen auch entschlossen sein, direkte Botschaften zwischen Rom und Belgrad in die Wege zu leiten, um die Entspannung zu fördern, zumal die Ursache der Zuspaltung in dem Abschluß des albanisch-italienischen „Schah“-vertrages von Tirana gesehen wird. Italien soll mit dieser neuen Prozedur durchaus einverstanden sein und beabsichtigen, für seine Staatsangehörigen in Slowenien gewisse Niederlassungsmöglichkeiten zu erreichen, die sie bisher noch nicht haben und dafür Jugoslawien gewissermaßen in den Vertrag von Tirana einzubeziehen.

Eine Erklärung der jugoslawischen Gesandtschaft.

Die jugoslawische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Gegenüber der auch in die deutsche Presse eingedrungenen Nachricht, der zufolge die italienische Regierung angeblich Dokumente besäße, die irgendwelche persönlichen Beziehungen des früheren Gesandten des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen in Rom (jetziger Gesandter in Berlin), Herr Balugdjitsch, zu albanischen Emigranten nachweisen, ist die Gesandtschaft des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen zu erklären ermächtigt, daß Herr Balugdjitsch während seines Gesandtenaufenthaltes in Rom keinen einzigen Emigranten gesehen hat.

Kanonen losgegangen, und den Chinesen wurde jedoch damit das Gefühl ihrer Unfreiheit im eigenen Lande besonders nachdrücklich vor Augen geführt. Der Tag der Einnahme Kantons durch die Nationalarmee, einer der großen geschichtlichen Tage des chinesischen Volkes, wird auf ewige Zeit mit dem Eingreifen ausländischer imperialistischer Bajonett verknüpft und damit Großbritannien in einen stärkeren Antagonismus gegen die siegreiche Einigungs- und Nationalbewegung Chinas gebracht sein, als aus rein sachlichen Gründen gerechtfertigt wäre. Selbst wenn die weitere Eroberung und Durchdringung Chinas durch Kuomintang ohne kriegsähnliche Verwicklung zwischen England und China vor sich gehen sollte (und es ist wahrscheinlich, daß eine derartige äußerste Zuspitzung vermieden wird), so genügt doch schon das bisher Geschehene, um Großbritanniens wahre, einzige, das ist wirtschaftliche Interessen im fernem Osten, dauernd zu schädigen. Die Schiffe und Truppen sind einsetzt worden, um das Leben und insbesondere das Eigentum der britischen Staatsbürger zu schützen. Selbst wenn es ihnen gelingen sollte, einige Warenlager und Fabriken vor Plünderung und Zerstörung zu bewahren, so steht doch ein solcher Gewinn im umgekehrten Verhältnis zum dauernden Schaden — und in einem argen Mißverhältnis zu den Millionenkosten der Expedition selbst. Man kann Warenlager vor Zerstörung schützen. Aber man kann in China von 1927 nicht mehr Aufträge und Warenbestellungen nach dem Muster 1840 erzwängen. China hat heute, im Gegensatz zu damals, eine öffentliche Meinung. Wie das Beispiel Hongkong beweist, hat China heute genug Selbstbewußtsein, um auf politische Bedrückung mit wirtschaftlichem Boykott zu antworten. Der anglo-chinesische Handel Hongkongs ist dank der Selbstwehr der Chinesen auf einen Bruchteil seines einstigen Umfangs herabgesunken. Das mußte London zur Warnung dienen: was sich gestern in Hongkong ereignete, spielt sich heute für den gesamten englisch-chinesischen Handel im Großen ab. Die Truppenendungen nach Schanghai sind geeignet, diese Episode zu verewigen und die britischen Wirtschaftsinteressen dauernd zu schädigen.

Wieder einmal haben sich nicht die nationalen Hitzköpfe, die Downing Street in dies militaristische Abenteuer verstrickt haben, sondern die Vertreter der Arbeiterklasse als die wirklichen Sachwalter nationaler Interessen erwiesen. Denn ihre, als Landesvertreterlich und utopisch bezeichnete Politik der Nichtmischung, der Zurückziehung der Truppen und des freiwilligen Verzichtes auf unheilbar gewordene Sonderrechte bedeutet nicht nur den Frieden, sondern auch „Wirtschaft“, während die bewaffnete Faust der Konservativen zwar Wirtschaftsgebäude schützen mag, aber die psychologischen Grundlagen zukünftiger Wirtschaftsbeziehungen unterkühlt. Die Landesvertreter und Utopisten haben sich auch hier wieder einmal als die kühleren Realisten, die besseren Rechner und die wirklichen Patrioten erwiesen.

Der Ordnungsruf für den Interviewer.

Hergt und seine Koalition.

Der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem deutschnationalen Reichsjustizminister Hergt. Aus dem sonst recht belanglosen Ausführungen verdienen ein paar Sätze, festgehalten zu werden: Hergt gibt es in allen Lagern, und sie stellen wertvolle politische Energien dar. Man kann ihnen nicht den Mund verwickeln. Und das wird niemand wollen. Aber nicht von ihnen darf der Ton bestimmt werden, der zwischen den Parteien der Koalition herrscht; und verlangen kann man auch von ihnen, daß sie auf die Kampfesgemeinschaft, in der jede Koalitionspartei mit der anderen steht, politisch Rücksicht nehmen. Wie gesagt, das bedingt in keiner Weise die Aufgabe irgendeiner grundsätzlichen Ueberzeugung, aber es legt voraus, daß man das Gemeinsame und die Achtung vor der Ueberzeugung der anderen voranstellt.

Die kleine Gegenwart.

Von Hans Buchmann.

Wir, die wir in diesem Jahrhundertange leben und die wir schlafen werden in vierzig Jahren, wir dreißig, vierzig, fünfzig- und hundertjährigen Künstler, Dichter und Komponisten, Schauspieler, wir alle, die wir für und von der Begeisterung leben, wir möchten es nicht länger hören und müssen es doch überall erhörten.

Wo wir hören, ob im Kreise der Familie oder der Freunde, ob wir uns unterhalten im Theaterfoyer, ob wir auf diesen blicken oder jenen, überall steht hinter Logengespräch, hinter Charaktern, Augenblickspolitik, Reise-, Damen-, Moden-, Arzt-, Schulthema und einem oder zwei anderen Gesprächsthemen die große Klage, die feufzend vorgebracht, mit tiefster Miene hergelaugt:

„Ja, ja, wir leben immer noch im Epigonenzeitalter, uns fehlen die großen Künstler.“

Das ist es, wohnt sich jeder Dummkopf rettet: nach Goethe und Schiller, nach den Romantikern in Malerei und Literatur, nach Beethoven und Schubert, nach der achtzehnten Jahrhundertwende und Wagner ist es angeblich mit uns aus.

Was soll man sagen!

Beleiße keine Namen! Ich denke an unsere großen Erzähler. Ich sage: unsere, aber ich meine nicht die Deutschen, denn unser sein heißt der Menschheit gehören. Würde man nicht ihre Namen profanieren, wollte man sie nennen, um zu beweisen, daß die Gegenwart nicht gering ist?

Ich sehe vor mir einen Kranz von Schaffern auf Kunstgebieten aller Art. Bewundern wir nicht ohne Einschränkung höchstes Können auf der Bühne, im Film, in der Musik, in Komposition, in Formung von Ton und Stein, in Farbe und Form?

O über dieses billige Geschwätz von dem kleinen Zeitalter!

Und ihr, die ihr uns herabbrücken möchtet, sagt ehrlich: wären wir wirklich die Schwächlinge, die Unbegabten, die Unvollendeten, die Kleinen, für die ihr uns halten wöllt, fähig ihr nicht der Jelten Trost, der in uns hämmert, der über alles Vorhergegangene triumphiert, der uns groß machte, herausschöbe aus lächerlicher Geiringheit!

Deshalb ist es so: weil wir Kinder sind einer großen Zeit menschlichen Vulkanentums, Neuedner des Anfangs einer entgeisterten und wieder werdenden Menschheit, Wächter an Toren, durch die ein Festzug braust, ein Trost des Unglücks und des Sieges; weil wir Heroide und Verkünder sind von neuen Ahnungen und kommenden Erschaffen.

Wer hat die Stirn, uns zu eiliger Heroebringen zu zwingen? Wer erträgt uns Werke, die sich verfühlen würden? Wer will Natur meistern, die alles reifen läßt zu ihrer Zeit, und wer zählt Jahre überhaupt?

Und wenn ihr, die ihr diese Zeit verkleinert und euch selbst damit herabsetzt — wenn ihr einwendet, warum wir denn überhaupt

Anstand, Rücksichtnahme, Achtung vor der Ueberzeugung des anderen, das sind die Forderungen, die der deutschnationalen Minister seinem journalistischen Freund vorträgt. Jetzt, wo die Deutschnationalen in der Regierung sitzen, brauchen sie solche Tugenden. Hergts Forderungen wurden entgegengekommen von einem Journalisten, der nur allzu oft das ägende Gift persönlicher Heße und Herabsetzung gegen andersgefinnte Politiker gespritzt hat. Es ist Herr J. W. Harnisch. Ist es nun Zufall, daß Hergt gerade diesen Mann zum Mittler seiner Auffassungen macht, oder wollte wirklich seinen Interviewern einen Ordnungsruf erteilen?

Was ist antibolschewistisch?

Eine Klarstellung durch die „Rote Fahne.“

Bei der Debatte über den Reichswehretat beschäftigte sich Genosse Künstler mit den Arbeitsverhältnissen bei den Zeugämtern. Er trat einen besonders traffen Fall aus Spandau vor. Die Verwaltung des Zeugamts Spandau hatte die seit langen Jahren beschäftigten Arbeiter gekündigt mit der Begründung, sie seien eifrige Kommunisten. Die Betroffenen klagten wegen unbilliger Härte auf Weiterbeschäftigung oder Entschädigung. Das Gewerbegericht verurteilte das Zeugamt zur Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigung von zusammen 2110 M. Die Verwaltung des Zeugamts zahlt lieber Entschädigung, als daß sie die Arbeiter weiterbeschäftigt.

Genosse Künstler zeigte ähnliche Fälle. Er geißelte das arbeiterfeindliche Verhalten der Zeugämter. Er nahm sich der Arbeiterinteressen an. In der „Roten Fahne“ liest man:

„Nachdem Franz Künstler von der SPD, seine bekannten antibolschewistischen Tiraden von Seipel gelassen hatte — er sollte zu den Zeugämtern sprechen — wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.“

Was ist also antibolschewistisch nach dem Sprachgebrauch der „Roten Fahne“? Antibolschewistisch ist es, sich der Arbeiterinteressen anzunehmen!

Sozialdemokratie und Sparer.

Antrag für höhere Aufwertung persönlicher Forderungen.

Zur Ergänzung der Regierungsvorlage zur Aufwertungsfrage stellen die Sozialdemokraten im Rechtsausschuß des Reichstags einen Antrag, der für die künftige Bestattung des Aufwertungsrechts von grundlegender Bedeutung und zugleich ein Prüfstein für das Gerechtigkeitsempfinden des Reichstags ist. Der Antrag besagt, daß eine höhere oder geringere Aufwertung der persönlichen Forderung nach allgemeinen Vorschriften unter Abweichung von dem normalen Höchstfuß zulässig ist, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden Vertragsteile zur Abwendung einer großen Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Die höhere Aufwertung soll jedoch auf 50 Prozent des Goldmarkbeitrags begrenzt werden, die geringere nicht unter den Satz von 15 Prozent, den das Gesetz schon vorsieht, heruntergehen.

Zur Begründung dieses Antrags führte der Abg. Reif (Soz.) aus: Das Ziel müsse sein, das Unrecht, das bei der besterregten Aufwertung erworbener Forderungen immer übrigbleibe, auf das kleinste Mindestmaß zu reduzieren. Deshalb müsse in den Fällen, in denen der Schuldner eine ungerechtfertigte starke Bereicherung erfahren habe, dem verarmten Gläubiger mehr gewährt werden, als das Gesetz vorsehe. Das gerade seien die Fälle, die die Gemüter in Erregung versetzten, in denen der ehemals wohlhabende Gläubiger alles verloren habe zugunsten eines Schuldners, der aus der Inflation mit großem Gewinn hervorgegangen sei und nun ein laziöses Leben führe. Der Antrag beschränke sich auf die persönlichen Forderungen, berühre also die Hypothek nicht, taste folglich den öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht an, besetze die Grundbuchverwaltung nicht und stoße auf keinerlei juristische Schwierigkeiten. Da die höhere Aufwertung der persönlichen Forderung nur dann geschehen solle, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage beider Vertragsteile zur Abwendung

einer großen Unbilligkeit unabwendbar erscheine, sei auch keine Störung des Wirtschaftslebens von der Durchführung des Antrags zu befürchten.

Auf Wunsch der Vertreter der Regierungsparteien wurde die Beratung des Antrags zurückgestellt. Reichsjustizminister Dr. Hergt, der gleichfalls diesen Wunsch vertrat, gab jedoch schon zu verstehen, daß die Regierung den Antrag ablehnen werde.

Der Kaufpreis.

Das Schulgesetz soll durchgepeitscht werden.

Der Entwurf für das neue Reichsschulgesetz soll dem Reichstag gleich nach den Osterferien vorgelegt werden. Noch vor dem Beginn der Sommerferien soll das Gesetz im Plenum verabschiedet werden.

Zuständiger Ressortminister ist Herr v. Neudell, aber federführend Ministerialrat Pelengar, also das Zentrum.

Der Preis für die Teilnahme des Zentrums am Bürgerblock soll mit Beschleunigung gezahlt werden.

„Tag“-Schwindel.

Von Seipel und Jaleski gebrandmarkt.

Die Gesandtschaft der Republik Oesterreich teilt mit: Gegenüber den im Berliner „Tag“ vom 29. März unter dem Titel „Jaleski intrigiert in Wien“ enthaltenen Behauptungen stellt das österreichische Bundeskanzleramt fest, daß diese Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Während des kurzen Aufenthaltes des polnischen Außenministers in Wien hat nur eine einzige, und zwar vor Zeugen geführte Aussprache zwischen Minister Jaleski und Bundeskanzler Dr. Seipel stattgefunden. Was der „Tag“ über den Inhalt dieser Aussprache mitteilt, ist glatt erfunden. Insbesondere ist keinerlei Versuch gemacht worden, den Bundeskanzler zu irgendwelcher Intervention zugunsten polnischer Ansprüche beim deutschen Reichkanzler zu veranlassen.

Ein ebensolches Dementi gibt das polnische Außenministerium aus.

Wie sehr muß der Schwindel des Hugenbergbattes in Wien empört haben, daß die Seipelsche Bürgerblockregierung so scharf gegen diese Pressemethoden vorgeht!

Völkische Verleumder.

Fünf Monate Gefängnis wegen Hirtsfeder-Beleidigung.

Der erst vor kurzem wegen Beleidigung des Genossen Kuttner (Soz.) zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte verantwortliche Redakteur des völkischen Standaalblatts „Das freie Wort“ Dr. Karl Arnold wurde dieser Tage wiederum in einem Beleidigungsprozeß, den der preussische Wohlfahrtsminister Hirtsfeder gegen ihn angestrengt hatte, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Tatbestand der schweren Beleidigung wurde erblickt in einem im Vorjahre veröffentlichten Artikel, der sich stützte auf die verkehrten Angaben des bereits moralisch gerichteten völkischen Landtagsabgeordneten Formeller Gieseler. Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Redakteur des „Freien Wortes“ den Minister nicht nur persönlich aufs schwerste beleidigt, sondern ihn auch in seiner amtlichen Ehre aufs tiefste gekränkt habe.

Der Angeklagte ließ durch seinen Verteidiger, wie immer in solchen Fällen, erklären, daß er bedaure, den Minister zum Gegenstand seiner Angriffe gemacht zu haben, eine Beleidigung habe ihm völlig ferngelegen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß unter Berücksichtigung der Schwere der Beleidigungen eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten müßte. Unter keinen Umständen könne man zulassen, daß hochtönende Personen erst verunglimpft würden und nachher die Beleidigung zurückgenommen werde.

nach schrieb, komponierten, molten, meistelten, wo doch Größeres in Erwartung steht — dann müssen wir die Natur anrufen, die auch Jahre zeigt mit kleinen, wenn auch süßen Früchten, mit Raibblüten ohne Ernte, weil Reif die Blüten froh.

Ihr, die ihr nichts anderes tut als Rückschau halten — eure Kinder werden erkennen, warum ihr schon jetzt verzweifelt, und sie werden lächeln ob eurer Eile, sie werden die Zamachung verhöhnen, den Anspruch verspotten, auf Lebenshöhen wandeln zu wollen und nie in Tälern. Verachten, das ist der leichteste Teil im Leben. Lieben ist schwer, und das Schwerste ist das Warten, das harren auf die Vollendung, das Vertrauen haben in die Zukunft.

Wo leben die unbekannten Seelen? In Menschen, die mit Stäben und Regeln messen. Wo sind die dankbaren, die seligen Wesen, an denen wir uns wärmen? Das sind die, die sich selbst nicht fortwerfen und die da werden.

Nicht sein! Werden, werden!

Das ist ein Spruch, den wir euch sagen, euch die ihr diese Gegenwart verachtet.

Denn dieser Zeiten Zukunft ist größer als alle Vergangenheit.

Neue deutsche Blummennamen.

Die lieblichen Kinder Glorns haben jetzt ihre buntten Köpchen wieder aus den jungen Beeten und beglücken uns mit ihrer Schönheit und mit ihrem Duft. Schon die Namen dieser Frühlingskinder klingen uns wie eine große Botschaft an Ohr, wenn wir der Schneeglöckchen, Schlüsselblumen, Leberblümchen usw. gedenken. Aber viele dieser Blummennamen verraten uns nichts von dem Reiz der Träger, denn sie stammen aus fernem Landen, erzählen dem Wissenden von der Geschichte der Pflanze, berühren aber die meisten Blumenliebhaber fremdartig. Wer weiß, daß Primel ein lateinisches Wort ist und den „Erstling des Frühlings“ bedeutet? Wer kennt gleich die Herkunft der Namen Tulpe, Karzisse, Malwe, Kammtulpe usw.? Besonders bei den zahllosen neuen Züchtungen ist der Name vielfach nur eine Art „Fabrikmarke“, die eine bestimmte Sorte vor der Verwechslung mit einer anderen schützen soll. Es sind künstliche Namen, die mit Wesen und Sinn der Blume nichts zu tun haben, häufig die Namen der Züchter oder Huldigungen an ihnen bekannte Personen.

Wir sollten uns bei der Taufe der Blumen — so hebt Hans Hügel in einem Aufsatz der „Gartenschönheit“ heroor — viel mehr, als es geschieht, mit der Namensgebung verhalten machen, die die wichtigsten deutschen Blummennamen geschaffen. Auch hier ist ja meist nicht die geheimnisvolle Volksseele am Werk gewesen, sondern die poetische Bildkraft einzelner. Man benannte die Blumen nach ihrer äußeren Gestalt wie Königskerze, Glockenblume, Schmetterling, Ritterpflume, Fingerhut, Storchschnabel, oder nach dem Standort, wie Kornblume, der Blütezeit, wie Waldglöckchen, nach auffallenden Eigenschaften, wie Fettblatt, Steinbrech, Immergrün. Oft spielen auch sagenhafte und legendäre Beziehungen eine Rolle, ja beim Bergblümlein, bei Männertreu, Frauenhals, Frauenschuh, Engelsfuß, beim Stiefmütterchen und der Hirtblume, bei der Passionsblume, Kronstab und Salomonsiegel. In neuester Zeit hat nun

der bekannte Pflanzenzüchter Karl Förster mit glücklicher Phantasie prächtige neue Benennungen gefunden. So taufte er einige Chrysanthem: Sonne, Goldhops, Rehauga, Redelrose, Herbitbrat. Auch neu eingeführten Arten gab er gute deutsche Namen: Sonnenbraut, Blauflügel, Sonnenhut. Pfiffer nannte einige Gladiolen: Feuergarbe, Kollappchen, Liebesfeuer, Goldrosel. Solche Namen vermitteln eine unmittelbare Anschauung, wie sie sonst die Gärtner nur mühsam in den Beschreibungen ihrer Sortenlisten zuwege bringen.

Das Verlagswesen in der Sowjetunion. Die „Pravda“ vom 20. März bringt interessante Angaben über das Verlagswesen in der Sowjetunion. Insgesamt zählt man in der Sowjetunion 3658 Verlagsunternehmungen. Obgleich die übergroße Mehrzahl dieser Verlagsanstalten staatliche Unternehmungen sind, unterliegen sie keiner allgemeinen Zensur. Jedes Ressort hat seinen eigenen Verlag, manche Ressorts haben sogar mehrere. Diese Verlagsanstalten konkurrieren miteinander, indem sie dieselben Bücher herausgeben. Das Buch von Kaja Lugenburg „Einführung in die Nationalökonomie“ wurde von zwei Verlagsanstalten herausgegeben. Das Buch von Ford „Heute und morgen“ ist in drei verschiedenen Verlagen erschienen usw. Infolge dieser Wirtschaftshäufen sich in den staatlichen Verlagen immer größere Bücherbestände an, die keinen Absatz finden. Um die daraus entstehenden Verluste einigermaßen zu decken, schlagen die Verlage auf den Selbstkostenpreis 250 bis 300 Proz. auf. Die angekauften Lagerbestände verschleudern sie in der Regel mit großen Verlusten, weil unter dem Selbstkostenpreis.

Die Auswahl der erscheinenden Bücher entspricht bei weitem nicht den an sie zu stellenden Anforderungen, selbst nicht denen der Kommunisten. Die Erhebungen, die über die Jugendliteratur im Jahre 1924/25 und im Jahre 1925/26 angestellt wurden, haben gezeigt, daß 40 Proz. der Bücher auf die Popularisierung der Könige, Prinzen usw. entfallen, und daß nur 18 Proz. als nützliche Bücher betrachtet werden können.

Richard Strauß wohlaut. Gerüchte, die von einem Schlaganfall Richard Strauß willen wollen und ihren Ursprung angeblich in Wien haben, entsprechen nicht den Tatsachen. Richard Strauß befindet sich zurzeit in Königsberg, wo er am Dienstagabend ein Konzert dirigiert hat. Er befindet sich wohlaut.

Die Gesellschafter der Operette „Der arme kleine Müdels“ im Theater am Rollendplatz ist auf Sonnabend verlegt worden. Bereits für Freitag geladene Karten werden an der Kasse umgetauscht.

Das große Gesamtkonzept der Palace-Rouge „Viva la femme!“ (Hoch die Frau!) im Theater im Adlonpalast beginnt am Freitag. Es ist das erstmalig in der Theatergeschichte, daß eine große Pariser Rouge mit ähnlichen Stars und Tanzattraktionen, dem Originalkollektiv und Dekorationen nach Berlin kommt. Alle Dialoge und Stücke werden in deutscher Sprache vorgelesen.

Colle Rosenbaum-Schwary liest heute abend im Harmoniumsal (Elegischer Straße 35) aus dem Manuskriptentwurf von B. v. Scholz, Dr. Schönland, A. Silbergleit, R. Kpfer und Stefan Zweig.

Umbau des neuen Leipziger Theaters. Der Rat der Stadt Leipzig hat den Stadtvorordneten eine Vorlage gegeben lassen, nach der ein Umbau des neuen Theaters, das als Opernhaus dient, vorgelesen ist. Der Umbau soll 4,8 Millionen Mark kosten.

Geflers falsche Rechnung.

Wo die Reichswehr zu teuer ist.

Herrn Gefler ist der Hinweis auf den britischen Heeresetat, mit dem er seinen Riesenetat vor dem Reichstag zu rechtfertigen suchte, schlecht bekommen. Er ahnte leider nicht, daß es keine bessere Bestätigung für die Notwendigkeit und Möglichkeit starker Abstriche an den Reichswehrausgaben gibt, als ein Vergleich mit den britischen Heeresausgaben.

Mit dem Brüllton der Ueberzeugung suchte er am Montag nachzuweisen, daß ein britischer Soldat 4800 M. jährlich kostet, der Reichswehrmann hingegen „nur“ 4000 M. Genosse Dr. Leber hat gestern als zweiter sozialdemokratischer Redner als Antwort darauf Herrn Gefler und dem Bürgerblock gezeigt, wie der britische Heeresetat in Wirklichkeit aussieht. Er machte ein nüchternes Rechenezempel, stellte Zahlen gegen Zahlen und das Ergebnis war vernichtend für die Finanzpolitik der Bendlerstraße.

So wie Herr Gefler den Vergleich gemacht hat, geht es nicht. Man kann nicht die Gesamtausgaben der beiden Heere anteilmäßig auf die Kopfstärke der Truppe umlegen. Das britische Heer ist gewiß auch ein Söldnerheer, aber es ist zusammengesetzt aus regulärer Armee, Armeereserve und den Kerntruppen der Territorialarmee. Und obendrein bewußt als Rahmenarmee für 1/3 Millionenheer ausgezogen. Man muß Einzelvergleiche anstellen, nicht bei den persönlichen Ausgaben, wo Vergleiche schief ausfallen müssen, weil der britische Soldat gemeinhin, vor allem der Unteroffizier und Offizier bedeutend höher gelöhnt wird als irgendein Soldat auf dem Kontinent. Uns interessieren in erster Linie die sachlichen Ausgaben.

Es ist sogar beinahe das Verdienst einer Reichsbehörde, daß wir etwas genauer über die tatsächlichen Ausgaben des britischen Heeres Bescheid wissen. Zur rechten Zeit ist gerade vor einigen Tagen in der Schriftenreihe des Statistischen Reichsamts eine umfangreiche Arbeit über den „Staatshaushalt von Großbritannien, Belgien, Frankreich und Italien“ erschienen. Das Material dürfte einwandfrei sein und man muß nur sein Erstaunen darüber ausdrücken, daß überall in dieser Arbeit die entsprechenden Angaben über den deutschen Reichshaushalt fehlen. Sollte das namentlich im Hinblick auf den Reichswehretat geschehen sein?

Ergänzt man das amtliche Material durch Hinzufügung der deutschen Ziffern, so ergibt der Vergleich mit den britischen Ausgaben das interessante Bild, das Genosse Leber im Plenum des Reichstags zeigte: Für Verpflegung und Bekleidung zahlt Großbritannien 130 Millionen Mark, die Reichswehr 86,6. Für Unterkunft und Transport England 69,6, Deutschland 44,3 Millionen. Das entspricht durchaus dem Verhältnis der Kopfstärke der beiden Armeen, von 100 000 zu 150 000. Anders liegt es bei dem Posten Bewaffnung und Ausrüstung und Genosse Leber hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Verhältnis hier gerade umgekehrt liegt. Der Reichswehretat fordert für Bewaffnung und Ausrüstung verglichen mit dem britischen Etat rund 65 Millionen zu viel an.

Herr Gefler wußte, warum er sich sofort nach der Rede des Genossen Leber zum Wort meldete. Der Schuß sah. Aber soviel er auch redete — die von dem sozialdemokratischen Redner ins Feld geführten Tatsachen hat er nicht entkräften können. Man wußte, was da kommt. Die berühmten Monopolspreise (die aber manchmal auch plötzlich stark zusammenschrumpfen können); die noch immer ihrer Aufzählung harrenden Munitionsbestände; kurzum, die alten, schon längst zum Ueberdruß vernommenen „Argumente“ des Reichswehrministeriums. Eine matte Antwort, die nichts widerlegte.

Als der Reichshaushalt eingebracht wurde, hat die sozialdemokratische Fraktion schärfste Prüfung und Kritik angelegt. Das Ergebnis waren Streichungsanträge, in deren Mittelpunkt die Herabsetzung der Ausgaben für Waffen, Munition und Gerät um rund 32 Millionen steht. Die bürgerlichen Parteien werden diese Anträge ablehnen, aber sie werden damit nicht aus der Welt schaffen, daß auf Grund der wissenschaftlichen Bearbeitung des britischen Heeresetats durch das Statistische Reichsamts gerade diese sozialdemokratische Forderung vollkommen gerechtfertigt ist.

Die exkommunizierten Royalisten.

Vatikan gegen „Action Française“.

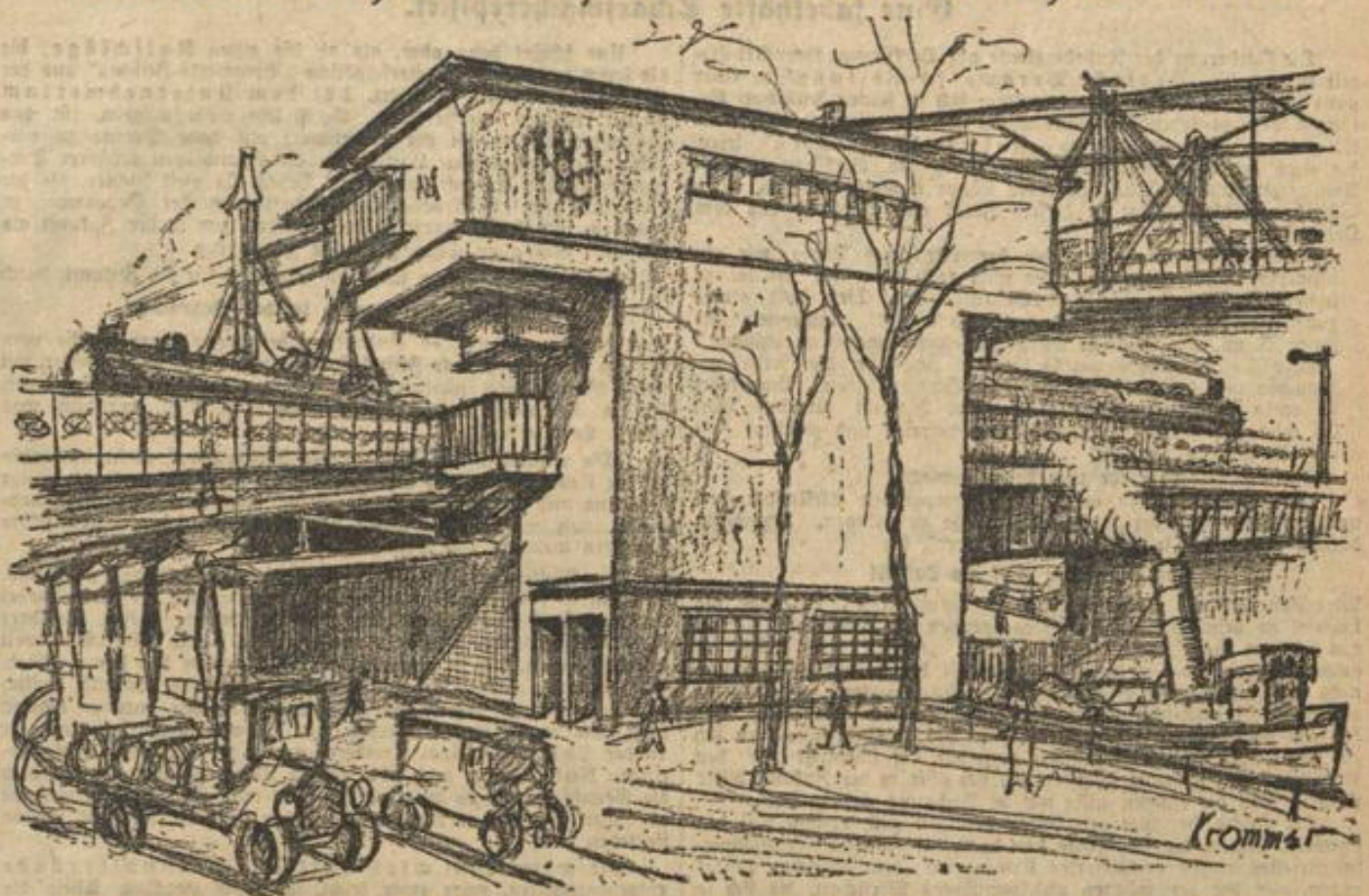
Ein katholischer Priester in der Gegend von Bordeaux ist vom Erzbischof Andrieu in Befolgung einer kürzlich erlassenen päpstlichen Enzyklika exkommuniziert worden, weil er sich weigerte, seine Beziehungen zur Royalistenpartei der „Action Française“ zu lösen. Ueberhaupt geht der Vatikan dazu über, alle Mitglieder der „Action Française“ zu exkommunizieren, ihnen die Sakramente zu verweigern usw. Da die meisten französischen Royalisten zugleich überzeugte Katholiken und politische Fanatiker sind, dürfte dieses Vorgehen des Papstes zu sehr schweren Konflikten innerhalb des französischen Katholizismus führen. Offenbar will der Vatikan seinen Einfluß auf die französische Politik dadurch sichern, daß er die entschiedenen Gegner des republikanischen Regimes lahmlegt und die Bildung einer rein katholischen verfassungstreuen Partei nach dem Muster des deutschen Zentrums fördert.

Ein abgelehnter Stadthaushalt. In Frankfurt a. M. hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung beantragt, weitere drei Millionen Mark für den Wohlfahrtsrat einzulegen. Durch die Annahme dieses Antrags entstand ein entsprechendes Defizit im Haushalt. Daraufhin haben die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Kommunisten den Etat zu Fall gebracht.

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund hat seine Jahresversammlung abgehalten. Neu in den Vorstand eingetreten sind u. a. die Abgg. Severing, Erkelenz, Dr. David und Walter von Wols.

Culgi Luzzatti, früherer italienischer Ministerpräsident, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er war als Rechtsliberaler fast 20 Jahre Minister, vor allem in den ersten 10 Jahren dieses Jahrhunderts. Er war auch zeitweilig Chefredakteur des „Corriere della Sera“ und stieg durch seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse. Seine Zugehörigkeit zum Judentum schobete ihm nicht, weil in Italien der Antisemitismus bis zur Herrschaft des Faschismus fast unbekannt blieb. Er wird auf Staatskosten beerdigt, offenbar als Belohnung dafür, daß er sich, um als Greis seine Ruhe zu haben, in den letzten Jahren seines Lebens gegenüber dem Faschismus freundlich verhalten hatte.

Der Verkehrswächter am Landwehrkanal.



Das neue Stellwerk des Anhalter Bahnhofs, das sich an der über den Landwehrkanal führenden Eisenbahnbrücke erhebt, wird zu Ostern dieses Jahres, vor dem Fahrplanwechsel, in Betrieb genommen. Zwei weitläufige Erkerfenster ermöglichen eine ungehinderte Uebersicht auf den Innen- und Außenbahnhof. Während früher dem Fahrdienstleiter durch das Vorhandensein der beiden alten Stellwerke unmittelbare Dispositionen ersichert waren, bestimmt er nun die Signale auf einem, nach den neuesten Erfahrungen, elektrisch betriebenen Wege. Zwei Weichensteller stehen dem Fahrdienstleiter zur Seite. Zur Verständigung mit dem Rangiermeister dienen Lautsprecher, und ebenfalls durch Lautsprecher gibt der Rangiermeister seine Wünsche für Rangierfahrten bekannt. Ungefähr 100 Züge passieren täglich auf vier Gleisen die Brücke neben dem Stellwerk. Ein- und Ausfahrt

der Züge wird in der üblichen Weise gesichert, außerdem ist die Geschwindigkeit der einfahrenden Züge auf 20 Kilometer pro Stunde vermindert. Im Unterbau des Stellwerks befindet sich ein Raum für den Werkführer, darunter, zu ebener Erde, eine dem Publikum zugängliche Obst- und Erfrischungshalle. In seiner schlichten, technischen Zweckform gibt das neue Stellwerk ein Musterbeispiel für ähnliche Bauten. Als strenger Verkehrswächter, nach vier Seiten aussehend, lenkt er die rollenden Züge, die die beiden Hauptlinien nach Leipzig und Dresden befahren. Ganz in seiner Nähe donnern auf eiserner Brücke die gelben und roten Bogen der Hochbahn, darunter, auf dem Kanal, ziehen Schlepper schwerbeladene Lastfähnen und auf beiden Seiten, auf dem Tempelhofer und Hallschen Ufer jagen unter der Brücke in buntem Wechsel Motorräder, Traktoren, Last- und Personenautos.

Der Leichensund bei Schildhorn.

Die Arme lagen am Schöneberger Ufer.

Nachdem am Montag und Dienstag in der Umgebung der Halbinsel Schildhorn vergeblich nach den noch fehlenden Leichenteilen des dort angeschwemmten weiblichen Rumpfes gesucht worden war, wurde heute früh inmitten der Stadt, am Schöneberger Ufer, ein überraschender Fund gemacht. Zwei Stadtgärtner, die am Landwehrkanal an der Königin-Augusta-Brücke junge Bäume an der Uferböschung pflanzten, sahen zwischen dem dort aufgestellten Sandkasten der Straßenbahn und dem Geländer, das den Rosenstreifen vom Gehsteig trennt, ein Paket eingeklemmt liegen. Sie zogen es hervor und öffneten es und entdeckten zu ihrem Entsetzen darin zwei nackte Frauenarme. Sie benachrichtigten den nächsten Schupoosten, der unverzüglich die Nordkommission herbeieführte.

Auf den ersten Blick war zu erkennen, daß die Arme zu dem in Schildhorn gefundenen Frauenloos gehören mußten. Die Oberarmknochen sind in der gleichen Weise abgeglättet und dann abgebrochen wie am Torso. Die sind fast ausgeblutet. Die schlante, schmachtige Bauart der Arme paßt durchaus zu der ungenannten äußeren Gesamtercheinung der Ermordeten. Die Arme enden in schmalen Händen mit langgestreckten, wenig gepflegten Fingern. Die auffallend lang gewachsenen Fingerringel sind nicht abgefeilt und auch nicht manikürt. Man hat den Eindruck, daß die Person sie aus Bequemlichkeit hat wachsen lassen. Grobe Arbeit haben diese Hände nie geleistet. Durch die erste Besichtigung wurden weder an den Armen noch an den Händen irgendwelche Verletzungen festgestellt. Der Mörder hat als Umhüllung für den graulichen Inhalt fast das gleiche Material gewählt wie für den Torso. Den Armen zunächst waren zwei fast neue dunkelbraune Bogen glattes Badpapier verpackt worden. Dann folgte ein Bogen hellbraunes gekrepptes Papier. Alles war mit zusammengestückelten Bindfäden verschmürt. Trotzdem gestern ein leichter Regen fiel, zeigte das Paket keine Spuren von Rässe. Man vermutet daher, daß es erst in der letzten Nacht oder in den frühen Morgenstunden am Fundort niedergelegt worden ist. Der Mörder hat mit Bedacht eine wenig begangene und mangelhaft beschriftete Gegend zur Versteigerung des Paketes ausgewählt. Da der Kopf der Ermordeten und der Unterkörper mit den Beinen noch nicht gefunden sind, so ist es nicht unmöglich, daß der Mörder diese Leichenteile noch in seiner Wohnung verborgen hat, um sich in einer der nächsten Nächte ihrer zu entledigen. Die Arme wurden in das Leichenschauhaus gebracht, wo der Gerichtsarzt sie genauer besichtigt wird. Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei wird Fingerabdrücke nehmen, um vielleicht auf diesem Wege einen Anhaltspunkt zu gewinnen. Erneut sei darauf hingewiesen, daß jede Scheinbar noch so unwichtige Mitteilung für die Nachforschungen der Kriminalpolizei von größter Bedeutung sein kann. Alle Befragungen sind an die Nordkommission Dr. Wächter-Pippo im Zimmer 52 des Polizeipräsidium zu richten.

Eine Mutter als Kindesmörderin.

Eine furchtbare Bluttat wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag auf dem Gut Lheresienhof bei Groß-Rachnow, Kreis Teltow, verübt. Die von ihrem Manne getrennt lebende 32jährige Anna Arawicki tötete, vermutlich in einem Wahnsinnsanfall, ihre 11jährige Tochter durch zahlreiche Stiche in den Unterleib. Die Täterin wurde bald nach der Tat verhaftet. Zu dem Verbrechen werden folgende Einzelheiten bekannt: Frau A. lebte von ihrem Manne, der als Gutsarbeiter auf Lheresienhof beschäftigt ist, seit langer Zeit getrennt. Der Ehe war ein Mädchen entpfossen, das jetzt 11 Jahre zählte und bei der Mutter, die in einem Orte des Spreewalds bei ihren Eltern Aufnahme gefunden hatte, erzogen wurde. Frau A. wollte sich wiederholt mit ihrem Manne aussöhnen, was dieser immer ablehnte. Am Montag wollte sie mit ihrem Kinde abermals in Lheresienhof. Es kam zwischen dem Ehepaar zu einer Aussprache, die ebenso, wie die vorhergehenden, ergebnislos verlief. Frau A. entfernte sich darauf mit der Kleinen. Am Dienstagmorgen wurde von Gutsarbeitern das Mädchen mit schweren Stichverletzungen vor dem Hause ihrer Großeltern tot aufgefunden. Neben der Kleinen lag die völlig zusammengebrochene Mutter. Die Täterin, die einen ganz

sch verklärten Eindruck machte, wurde von den benachrichtigten Landjägern in Haft genommen und nach dem Mittenwalder Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Hoffnungsloses Wohnungsgeld.

Wieder einer von den vielen Fällen hoffnungslosesten Wohnungsgeldes sei hier kurz geschildert: Im Hause Berlin R. Torstraße 11, bewohnt ein altes Ehepaar seit 13 Jahren im „Gartenhaus“ eine Parterre-Wohnung von Stube und Küche. Die Wohnung ist feucht, alles rostet und stinkt, die Tapeten hängen buchstäblich in Flecken von den Wänden; außerdem ist eine Tür nach dem Verbindungsgang zur Straße nicht vorhanden, so daß alle Kälte und Feuchtigkeit von draußen her eindringt. Das unter der Wohnung befindliche Kellerfenster ist den ganzen Tag über, meist auch nachts, geöffnet, so daß ein starker, kaum zu ertragender Zug entsteht. Die schwer nerven- und ohrenleidende Frau ist durch die einzigen Aufregungen im Verein mit den ungenügenden Wohnverhältnissen körperlich und seelisch völlig gebrochen. Alle Bemühungen, den Hauswirt wenigstens zu den allernötigsten Reparaturen zu bewegen, bleiben erfolglos, ebenso die Gänge zum Wohnungsmieter wegen Zuweisung einer Ersatzwohnung. Jamt und Streit, gerichtliche Klagen, sogar der Ermittlungsbefehl, machen den beiden alten Leuten ihr bisheriges armseliges Leben zur Hölle. Vor ihrem Fenster befindet sich der „Garten“ (daher der Name Gartenhaus) in Gestalt eines Anfallungsortes von Abfällen aller Art, gleichzeitig ständiger Außenhaltort der Hühner, die sie sogar zwingen, trotz der modernen Luft, ständig das Fenster geschlossen zu halten. Soll es wieder überflüssig sein zu fragen, was hier geschehen muß?

Soll das für die Mieterhöhung reichen?

Infolge der von der Reichsregierung angeordneten Erhöhung der Wohnungsmieten ab 1. April 1927 um 10 Proz. tritt in der Bewohnerschaft von gleichem Zeitpunkt ab eine geringe Minderung des Wohnungsgeldzuschusses ein. Gleichzeitig erfolgt dadurch eine geringe Minderung der Zahlbeträge in der Reichsversorgung. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, handelt es sich bei dieser Maßnahme durchaus nicht um eine allgemeine Erhöhung der Renten für die Kriegsopter. Vielmehr wirkt sich die gefühllos verankerte Minderung des Zahlbetrages nur wenig fühlbar aus. So erhält beispielsweise ein lediger Kriegsbeschädigter (ohne Ausgleichzulage) in einem Orte der Ortsklasse D ab 1. April 1927 monatlich 20 Pf. mehr. Einem verheirateten, völlig erwerbsunfähigen Schwerbeschädigten mit zwei Kindern, der einen Beruf erlernt hat und in einer Großstadt (Ortsklasse A) wohnt, zahlt man ab 1. April 1927 monatlich nur 2,55 M. mehr. Bei einer erwerbsfähigen Kriegshinterbliebenen in der Ortsklasse D, deren Mann ungelerner Arbeiter war, macht der Mehrbetrag 45 Pf. monatlich aus, während einer erwerbsunfähigen (kranken oder über 50 Jahren alten) Kriegserwitte in der Großstadt monatlich 1,05 M. mehr ausgezahlt werden. Es dürfte einleuchten, daß diese Mehrbeträge der Renten ab 1. April 1927 wohl in keinem Fall an den Mehrbetrag der erhöhten Miete heranreichen.

Prozessbeginn Douglas-Behrer in München.

München, 30. März. (Tel.) Heute beginnt vor dem Münchener Landgericht der große, auf zwei bis drei Wochen berechnete Prozeß gegen den Kommerzienrat Dr. Behrer und den Geh. Regierungsrat Dr. Douglas wegen Betruges an der Bayerischen Girozentrale. Der Schaden der Bayerischen Girozentrale betrug fast achteinhalb Millionen Goldmark, der sich nach Verwertung einiger Vermögenswerte auf sechsineinhalb Millionen Goldmark ermäßigte. Die Betrügereien hängen mit den Plänen zusammen, die Behrer und Douglas für den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete Ostfrankreichs mit Hilfe deutscher Unternehmer und deutscher Arbeiter hatten. Zur Finanzierung dieser übrigens nicht ausgeführten Pläne waren beim Direktorium der Bayerischen Girozentrale vollständig übertriebene und unwahre Versicherungen gegeben worden, wodurch die Hingabe der Millionenfremde erreicht wurde. Ein Teil der Gelder wurde für den eigenen Vorteil der Angeklagten zur Bestreitung einer glänzenden Lebensführung, zur Erlangung des Ehrendokortitels für Kommerzienrat Behrer und zur Zurückzahlung von Schulden verwendet, zum Teil wurden die Gelder sogar verschwendet oder sonst verschleudert. Auch der Reichspräsident Dr. Schacht befindet sich unter den achtzig Zeugen.

„Mehr arbeiten und weniger verbrauchen.“

Eine fabelhafte Scharmacherepistel.

Die Forderung der Ruhrbergleute auf Verkürzung ihrer Arbeitszeit spornte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu einer ganz besonderen Leistung an, um dem sich in seinen heiligsten Belangen bedroht lebenden Jochkapital dienstbefähigt zu assistieren. Es galt zu beweisen, daß es „Fallische Wohltaten“ seien, die etwa der deutschen Arbeiterkraft durch die Verkürzung ihrer Arbeitszeit und die Erhöhung ihrer Löhne erwiesen würden. Das Scharmacherblatt litt zu diesem Zweck eine Knebelbox aus dem Orient:

Ein orientalischer Herrscher bemerkte eines Tages, wie ein jüngerer Mann einen Esel, der nicht recht vorwärts wollte, zu schnellerem Gang antrieb. „Behandle das Tier doch etwas rücksichtsvoller!“ rief er ihm zu. „O König!“ entgegnete der junge Mann, „die Rücksicht würde zu keinem Schaden ausschlagen.“ „Wie?“ „Er würde um so längere Zeit für die Reife gebrauchen und desto mehr unter dem Hunger leiden. Umgekehrt ist mein rücksichtsloses Vorgehen eine Wohltat für das Tier. Es wird sich früher von seiner Last befreien und gewinnt Zeit und Ruhe zum Fressen.“

Der Eseltreiber wurde zum Besten gemacht.

Kun, heute scheinen es solche philosophischen Eseltreiber nur noch zu Schreibern der Unternehmerrapportage zu bringen. Immerhin dünken sie sich in dieser Rolle als „Führer“, die

das arbeitende Volk als Lauffei

betrachten und die Unternehmer dazu „ermuntern“, es auch als Lauffei zu behandeln. Sich selber spenden sie Weibrauch: „Denn aus solchem Holz“, wie der Eseltreiber, „müssen die Führer geschnitten sein“, die in der Gegenwart für die Zukunft sorgen und nicht die Zukunft der Gegenwart rücksichtslos opfern. Es sei eine allgemeine menschliche Schwäche, vornehmlich den Regungen des Herzens nachzugeben. Unter dem Druck des Gefühls lasse man sich zu Rückschlüssen und Maßnahmen verleiten, die scheinbar für den Augenblick Erleichterung schaffen, die sich aber in der Zukunft bitter rächen, weil die Folgen nicht mit in Rechnung gestellt seien.

Der Fuchs, der hier den Eseln predigen will, erzählt von den schweren Lasten, die als Folge des durch die Habgier der Schwerindustriellen unnötig verlängerten Krieges auf dem deutschen Volke ruhen, von der geschwächten und verarmten Wirtschaft, die sich in dem gefährlichen Stadium der Konfiskation und des Wiederaufbaues befindet. „Diese Lage heißt vom deutschen Volke im ganzen wie vom einzelnen harte Arbeit und empfindliche Einschränkung seiner Ansprüche ans Leben.“

Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft

müsse die harte und dunkle Gegenwart erhellen. Die großen Organisationen der Arbeitnehmerschaft rufen in dem Bestreben, sich „nützlich“ zu machen, höhere Ansprüche ans Leben nach als in der wirtschaftlichen Blütezeit vor dem Kriege.

„Diese Bestrebungen, weniger zu arbeiten und womöglich noch besser zu leben als früher, widersprechen schmerzhaft dem, was der gesunde Menschenverstand und die Erfahrung von einem gründlich verarmten und dem Ausmaß schwer verschuldeten Volke verlangen:

mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen.“

Ein türkisches Sprichwort sagt: „Anders philosophiert das Pferd über die Peitsche als der Fuhrmann.“ Dieselbe „Bergwerks-Zeitung“, die andauernd über die sozialen Lasten der armen „Wirtschaft“ jammert, klagt insbesondere über die Belastung der Anspäthschaftsversicherung durch die hohen Krankenkassen der Bergarbeiter, deren Ursache sie weder als Kriegsfolgen noch als Folgen der Abbau-Zurückbildung und der mit dem englischen Bergarbeiterstreik ausgenommenen Ueberfortschrittswirtschaft gelten läßt, sondern sie ziemlich deutlich als Simulation anbe-

Die deutsche Sprache im Völkerbund.

Noch immer unterdrückt!

Noch immer ist die deutsche Sprache beim Genfer Internationalen Arbeitsamt nicht als gleichberechtigt zugelassen, obwohl wir bereits 1927 schreiben und die Kriegsschule, der wir die Zurückführung der deutschen Sprache verdanken, sich nun doch endlich ausgehoben haben dürfen. Bei der gesamten organisierten Arbeiterschaft wird die Zurückführung der deutschen Sprache schon längst nur noch als eine sinnlose und törichte Störung der internationalen sozialpolitischen Bewegung empfunden.

Um nun wenigstens für den Augenblick einige Erleichterungen in der Sprachenfrage zu schaffen, hat die Reichsregierung in Genf zwei Anträge gestellt. Der erste verlangt, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die in deutscher Sprache gehaltenen Reden durch den amtlichen Uebersetzer in die französische und englische Sprache übertragen werden. Der zweite Antrag fordert, daß die Beschlüsse der Konferenz auch in einem authentischen deutschen Text zur Veröffentlichung gelangen. Das ist schon deshalb notwendig, weil zum Beispiel beim Haager Schiedsgerichtshof der deutsche Text bisher lediglich als Uebersetzung angesehen wird. Der erste Antrag wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf keine Schwierigkeiten stoßen; gegen den zweiten sind juristische Einwendungen erhoben worden.

Einmal muß von Deutschland die Sprachenfrage vor dem Völkerbund ausgetrollt und geklärt werden. Die Initiative dazu muß vom auswärtigen Amt ausgehen, da die Frage der Gleichberechtigung der deutschen Sprache eine politische Frage ist. Das Internationale Arbeitsamt ist eine Einrichtung des Völkerbundes, und deshalb muß der Völkerbund in der Sprachenfrage endlich einmal Ordnung schaffen. Der bisherige Zustand, daß die deutsche Arbeiterschaft sich fortwährend mit einer Flut englischer und französischer Texte herumplagen muß, wird allmählich unerträglich; denn die Arbeiter, die ja in der Ausübung ihrer Eltern nicht vorsichtig

Uns scheint denn aber, als ob die guten Ratschläge, die die durch und durch arbeiterfeindliche „Bergwerks-Zeitung“ aus der Eseltreiberphilosophie herleitet, bei dem Unternehmertum an der richtigen Adresse seien. Es ist sehr wohl möglich, für den Zukunftsgläubigen in der Gegenwart auf hohe Profite zu verzichten und auf großen Luxus, um die Grundlagen größerer Prosperität in der Zukunft zu sichern. Jedenfalls weit leichter, als die Zumutung an die Arbeiterschaft bedeutet, in der Gegenwart zu hungern, ihre Kräfte vorzeitig aufzuzehren, um in der Zukunft als „zu alt“ zum alten Eisen geworfen zu werden.

Das Unternehmertum sorgt auf seine Art für die Zukunft, durch möglichst hohe Profite in der Gegenwart.

Von den unerbittlichen Zukunftsverbesserungen einer Presse vom Schlage der „Bergwerks-Zeitung“ kann weder der Bergarbeiter mit seiner Familie satt werden, noch irgendein anderer Arbeitnehmer, der von der Hand in den Mund leben muß, d. h. von dem, was er als Lohn erhält.

„Die natürliche Weisheit unseres Eseltreibers“ reicht immerhin zu der Überzeugung, daß der Esel, der arbeiten soll, auch die nötige Nahrung und Ruhe haben muß. Denn, wenn sein Esel zusammenbricht, muß er sich einen neuen beschaffen oder seine Lasten selber schleppen wenn er das Geld dazu nicht hat.

Der Eseltreiber der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ aber will, daß sein Esel noch mehr schuftet und noch weniger verzehrt. Dabei ihm das Beispiel der Schildbürger vorzuschweben scheint, die ihrer Ruh das Fressen abgewöhnen wollten: als sie sie glücklich so weit gebracht hatten, daß sie nichts mehr fraß, krepierte das dumme Vieh. Der moderne Eseltreiber hat vor seinem idealen Vorbild freilich das eine voraus, daß er sich kein Kopierbrechen darüber machen muß, wie er zu einem anderen Esel kommt, wenn sein früherer an der Philosophie seines Treibers verreckt ist. So viele Krotobissstränen dieser Treiber auch über soziale Lasten vergießt, hat er doch die Gewißheit, daß es heute an Lasten nicht fehlt, daß sie umsonst zu haben sind und er der Sorge darüber ledig ist, wie und wozu sie leben.

Der ganzen Esel wirtschaftliche Vernunftgründe entgegenzusetzen, wäre zwar leicht, ist jedoch zwecklos. Allein die Tatsache, daß die Bergarbeiter nicht nur, sondern sämtliche Arbeiter, zumal in den rationalisierten Betrieben heute weit mehr fördern und produzieren als vor dem Kriege, kann auch von der „Bergwerks-Zeitung“ nicht bestritten werden. Ebenso wenig als die Tatsache, daß

heute weniger, und zwar viel zu wenig verbraucht wird

zum Nachteil der Wirtschaft.

Die unerklärliche Sprache der Scharmacher gegen die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften ist nur möglich bei der großen Arbeitslosigkeit, dem Faktum, daß etwa zwei Millionen Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind. Trotzdem fordert diese Presse noch mehr Arbeit — von den Beschäftigten. Die arbeitsbereiten Arbeitslosen zählen für sie nicht mit.

„Am liebsten möchte man sogar den Arbeitgebern die Duldung freiwilliger Arbeit verbieten und sie dafür hinter Schloß und Riegel setzen“, trumpft der „Best“ der „Bergwerks-Zeitung“ auf. Diese armen „Dulder“!

Den Bergarbeitern, die vor Jahrzehnten schon die achtstündige Arbeitszeit im Dreischichtwechsel hatten, hat man die achtschündige Arbeitszeit unter Tage erneut durch Verbindlichkeitserklärung aufgezwungen. Das wird die deutsche Arbeiterschaft erst recht dazu anspornen, den Achtstundentag zu erringen und ihr Bestimmungsrecht bei der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

waren, sind nun einmal zum großen Teil nicht in der glücklichen Lage, sich in mehreren Welt Sprachen bewegen zu können. Die Arbeitnehmervertreter des Internationalen Arbeitsamtes sind für die Gleichberechtigung der deutschen Sprache, die Arbeitgeber verschancen sich hinter der Kostenfrage, die bei einer so wichtigen Sache unmöglich anschlagen werden kann. Der übrigen Hälfte der Vertretung, d. h. den Regierungen, ist nur politisch beizukommen.

Völkerbundspolitik und Zurückweisung der deutschen Sprache, ausgerechnet beim Internationalen Arbeitsamt, der wichtigsten Einrichtung des Völkerbundes — im Kopf des deutschen Arbeiters reimt sich das nicht zusammen.

Arbeitsintensität bei der Reichsbahn.

Die Arbeitsleistung des Reichsbahnpersonals ist seit Jahren ständig im Steigen begriffen. Wie stark diese Steigerung ist, ergibt sich aus einem Vergleich des Personalstandes und der Wagensstellung in den Jahren 1913 und 1926.

Im Jahre 1913 betrug der Personalstand bei den Staatsbahnen im Reichsgebiet 692715 Köpfe. Die Wagensstellung betrug im November 1913 im täglichen Durchschnitt 142000 Wagen. Im November 1926 betrug der Personalstand 715953 Köpfe einschließlich der Zeitarbeiter in der Bahnhaltungsabteilung. Die Wagensstellung betrug im November 1926 zwischen 150046 und 169676 Wagen in den einzelnen Wochen im täglichen Durchschnitt. Die Steigerung der Wagensstellung gegenüber dem Referenzjahr 1913 betrug etwa 20 Proz. Die Steigerung des Personalstandes einschließlich der Zeitarbeiter beträgt dagegen nur 3,55 Proz. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Zeitarbeiter, deren Zahl von Monat zu Monat stark wechselt, nur zu einem geringen Teil zum allgemeinen Personalstand geschlagen werden können, da diese Arbeitergruppe nur zur vorübergehenden Verstärkung der Bahnhaltungsabteilung eingestellt ist, um den durch die Kriegsjahre eingetretenen Rückstand an Bahnhaltungsarbeiten, gegenwärtig etwa 6000 Kilometer Gleislänge, zu beseitigen. Dieses Personal ist also

nicht an den Leistungsergebnissen im Betriebs- und Verkehrsleistung beteiligt. Die Steigerung der Leistungen im Betriebs- und Verkehrsleistung ist schätzungsweise mit einem gegenüber 1913 um mindestens 10 Proz. verringerten Personalstand erzielt. Die Steigerung der Leistungen des ständigen Personals ist deshalb um so höher zu bewerten.

Nach der neuesten Statistik über die Wagensstellung stehen auch die Leistungen in der Woche vom 6. bis 12. März d. J. um etwa 2500 Wagen über der Referenzleistung vom Jahre 1913. Da der Kopfstand des im Betriebs- und Verkehrsleistung beschäftigten Personals seit Ende 1926 erneut vermindert worden ist, ist anzunehmen, daß die Leistungen die gleichen geblieben sind wie im November 1926. Das Reichsbahnpersonal hat also ein weitgehendes Entgegenkommen in der Arbeitszeit- und Lohnfrage reichlich verdient.

Der Buchdruckertarif angenommen.

An der Abstimmung für oder gegen die Annahme haben sich von den 7984 Mitgliedern, die der Verband der Deutschen Buchdrucker am Jahreskongress 1926 zählte, 64704 Mitglieder mit 64088 gültigen abgegebenen Stimmen beteiligt. Davon stimmten 43204 für und 20884 gegen die Annahme des Tarifs. In Hundertsätzen ausgedrückt, haben sich 81 Proz. der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt, wovon 67,4 Proz. sich für und 32,6 Proz. gegen den Tarif erklärten, der damit angenommen ist.

„Urania“ und Werksgemeinschaft.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Die „Urania“ (Laudenstraße) hat sich in früheren Jahren, als sie noch ein rein wissenschaftliches Institut war, manchmal die Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaften gefallen lassen, wenn sie in Not war, was öfter vorgekommen ist. Seitdem das Institut mehr und mehr den Charakter eines Unterhaltungsorgans angenommen hat, hat es der Unterstützung der Gewerkschaften entraten können. Es hat sich aber auch in dieser seiner jetzigen Verfassung noch immer gern den Besuch der organisierten Arbeiterschaft gefallen lassen und dieser auch immerhin noch mancherlei geboten, was ihr nützlich war und ihren geistigen Interessen entgegenkam. Das scheint nun anders werden zu sollen. Es ist das zu schließen aus einer Einladung zu einer Vortragreihe eines Herrn Prof. D. Müller über das Thema: „Amerikas Unternehmer, Angestellte und Arbeiter.“

In der Einladung heißt es: „Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß Prof. Müller Vorstandsmitglied der Gesellschaft für deutsche Wirtschaft- und Sozialpolitik ist, die an der Herbeiführung einer Interessensolidarität zwischen Arbeitern, Angestellten und Unternehmern zu Zwecken einer ertragreichen Produktion arbeitet und den Klassenkampf bekämpft.“

Es ist vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, daß der Herr Prof. Müller seinerzeit, als er seine Studienreise nach Amerika antret, versucht hat, dazu auch eine finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften zu bekommen, die selbstverständlich abgelehnt worden ist. Das ist jedoch von einer nicht so erheblichen Bedeutung, als die offensbare Schwankung der „Urania“ aus einem bisher noch immer neutral gewesenen Unterhaltungsorgan in eine Propagandaanstalt gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird daraus ihre Schlüsse zu ziehen wissen.

Zwei „Tundfänger“.

Am Freitag, dem 25. März, brachte die „Rote Fahne“ unter anderem auch eine Einseitigkeit, wonach die Funktionäre und Betriebsräte der Gesamtbetriebsrat des Großhandelsbetriebes Rummelsburg gegen die Brutalitäten und Mordtaten der Faschisten und der Polizei schärfsten Protest erhoben und die Ablehnung des Polizeipräsidenten Jürgelieb verlangt.

Sowelt die hier gesperrten Stellen dieses Satzes in Frage kommen, entsprechen sie nicht der Wahrheit. Unwahr ist auch die folgende Angabe der „Roten Fahne“ vom gestrigen Dienstag, wonach die Funktionäre des städtischen Elektrizitätswerkes der Zentrale Ruabit beschloffen hätten, am Todestage des Kollegen Gut' gemeinschaftlich zu demonstrieren. Den Funktionären ist davon nichts bekannt. Wie sagt das russische Sprichwort? „Lüge — aber mit Maß!“

Streikbeschluss der Frankenthaler Metallarbeiter.

Frankenthal, 30. März. (M.F.) Die Generalversammlung der Frankenthaler Metallarbeiter beschloß fast einstimmig, die Kündigungen sofort einzureufen und am 1. April in den Streik zu treten, an dem in Frankenthal und Dagersheim insgesamt etwa 3500 Arbeiter beteiligt sind. Die Schlichtungsverhandlungen sind gescheitert. Wie verlautet, soll die Möglichkeit bestehen, daß der Streikbeschluss der Frankenthaler Metallarbeiter auch auf die Haltung der hiesigen Metallarbeiter einen bestimmten Einfluß gewinnt.

Verbindlichkeit des Werkschiedspruchs abgelehnt.

Hamburg, 30. März. (M.F.) Die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitserklärung für den Schiedspruch, betreffend die Lohnregelung auf den deutschen Seefischwerften, ist, wie von unterrichteter Seite verlautet, vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden.

Die Arbeitslosigkeit in England betrug am 21. März 1078500, das sind 40236 weniger als in der Vorwoche, aber noch 39146 mehr als im Vorjahre.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Göttsch; Redaktion: Dr. Jakob Schimanski; Korrespondent: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Berthold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Berthold-Verlag Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. 502. Bauarbeiten
Berlin N. 24, Elsäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Platzburg 9821
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstr. 20-40 (Alexander
Passage). Telefon: Königsstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausfüh. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediezene Arbeit

Dörffler
WÜSTCHEN * BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Nur der Stempel
Original Ecema
bietet für die Echtheit unserer verbesserten, elastischen u. geräuschlos.
Patent-Ketten-Matratze
Patentamtlich geschützt Nr. 878.999.
Für schwache Belastung. Jedemal erhältlich.
20 Jahre Garantie
Berliner Feder-Matratzen-Fabrik
Berlin O 27, Krautzstraße 4-5

Läuferstoffe, Teppiche
Linoleum
Wachs- u. Tisch-Decken
Diwan-Decken
G. Bargende K. G.
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 11, Ecke Pestalozzi-Str.
Wilmersdorfer Str. 79, Ecke Sybelstr.
Telephon: Steinplatz 4184, 6835, 6836.

Möbel
Speise-
Koch-
Schlaf-
Zimmer-
bekannt gut
und billig.
Vorgefertigt
CHARLOTTENBURG
Wilmersdorfer Str. 78
Ecke Schiller-Platz
Kriegs-Lager
Beziehen sie mit
reichhaltiger Lager

Radio-Anlagen
ohne Anzahlung
nach 5 Monats-
raten à M. 3.-
Ihr Eigentum
Ferner in Lausprecher-Anlagen zu günstigsten
Bedingungen liefert das Fachgeschäft
Radiotyp, Al-Moabit 124
Tel. Moabit 6230 (gegenüber dem Kriminalgericht)

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge. Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Faltenröcke. Reformhosen u. Schöpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Uhlandstraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Spezial-
Krank-
nur für
Ischias
a. H. B. 1911.
und seit 1913
sind Ischias-
in 15 Tagen sind
schwache Nerven wieder
gesund. Ganz ohne
Medikation und Schmerzen. Ärztl. empfohlen.
Hilfsausweise 196. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jeder